

Zukunftsgestalt oder Konfusion?

Nach der Wahl in Brandenburg gilt es, die Zeiten der politischen Lähmung zu beenden, fordert Münchens bekanntester Politologe

Von Werner Weidenfeld

Die Landtagswahl in Brandenburg lässt uns mit Spannung auf die künftige Machtkonstruktion blicken. Wer wird mit wem die Regierung bilden? In keinem der drei ostdeutschen Länder kann man sie als beantwortet ansehen. Nach der Wahl in Brandenburg kommen – ähnlich wie in Sachsen und Thüringen – keine Anzeichen der Langeweile auf.

Sehr spezifisch sind die Ergebnisse in jedem Bundesland. So wie in Sachsen und Thüringen gibt es auch in Brandenburg Gewinner und Verlierer. Aber dieses Schema ist in Brandenburg nicht in jeder Facette identisch mit den beiden vorherigen Wahlen, zumal auch die elektronischen Hilfen wie Tiktok und Facebook intensiv eingesetzt wurden, aber auch die besonderen Formen des Humors, etwa, wenn Ministerpräsident Dietmar Woidke seine große und stark glänzende Glatze einsetzte. Auf den Wahlplakaten stand: „Wer Glatze will, muss SPD wählen“.

In Sachsen und Thüringen sind die Verlierer die drei Ampel-Parteien. Die Gewinner sind die AfD und das BSW. Und in der Mitte steht stabil die Union.

In Brandenburg sieht dieses Schema anders aus: Die Verlierer sind nur zwei Ampel-Parteien – die FDP und die Grünen. Die Gewinner heißen wie anderswo auch AfD und BSW. Die stabile Mitte bilden hier zwei Parteien: SPD und Union.

In den letzten Tagen vor der Wahl ging eine die Wahlbeteiligung steigernde Spannung von der Frage aus, wer denn Platz eins von den Wählern erhalten wird: AfD oder SPD. Seit 1990 hat ununterbrochen die SPD



Strahlender Sieger: Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) herzt am Wahlabend seine Frau Susanne.

Foto: Tobias Schwarz / AFP

den Ministerpräsidenten gestellt. Nunmehr wurde das ungewöhnliche Ringen um Platz eins übersetzt in die Bezeichnung der Landtags- als „Schicksalswahl“. Platz eins hat erneut: die SPD.

Wie kompliziert die Elemente der inneren Stabilität des Landes sein werden, zeigt sich an der durchaus merkwürdigen Initiative Woidkes, der den in Brandenburg wohnenden Bundeskanzler Olaf Scholz aufforderte, dort keine Wahlwerbungsveranstaltungen durchzuführen. Ebenso fand eine starke Befürwortung für die Fortsetzung der Ministerpräsidentenschaft von Woidke durch die bekannte CDU-Repräsentantin Rita Süssmuth statt. Nach der Brandenburg-Wahl wird man sich nun auch nicht so lange Zeit lassen, Koalitions-sondierungen zu beginnen, auch mit dem nicht unproblematischen BSW.

Das Zukunftsbild über mögliche Varianten der Koalitionsbildung dominiert auch hier mehr und mehr die politische Nach-

denklichkeit. In Thüringen werden sie wahrscheinlich auf die Stimme des bisherigen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Linke) zurückgreifen müssen, um eine Parlamentsmehrheit mit CDU, SPD und BSW zu etablieren.

In Brandenburg kann es einfacher gelingen: SPD, CDU, BSW. Diese Verbindung würde verhindern, dass man hier wie in den beiden anderen Ländern als erklärende Überschrift das Stichwort „Stolperfälle“ benutzt. In allen drei Bundesländern wächst die

GASTBEITRAG von Werner Weidenfeld



Der Professor für Politikwissenschaften ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der LMU und Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Salzburg. Foto: imago

Distanz zwischen Rhetorik und Realität.

Die Stärke von AfD und BSW muss der demokratischen Mitte sehr zu denken geben. Sie muss politisch aktiver, inspirierender, perspektivenreicher werden. Eine gewisse aufgeregte Konfusion ist in der politischen Mitte unübersehbar.

Als Beispiel dieser konzeptionellen Konfusion kann man die polemische Debatte zwischen SPD und CDU zur Migrationsfrage und zur Inneren Sicherheit heranziehen. Messerwort wird zu einem Schlüsselbegriff. Statt die operative Umsetzung des

Dublin-Übereinkommens effektiv positiv zu gestalten, wird es zum Gegenstand polemischer Antagonismen. Kämpferische Angriffe dominieren die Szene.

Im Vergleich zu Thüringen ist das Wahlergebnis bei gutem Willen zügiger in eine Regierungsbildung umzusetzen. Aber inzwischen kann man ja in der Politik nirgendwo mehr von klarer, transparenter, schneller Umsetzung des Wählerwillens ausgehen. Man versinkt eher hinter den Schallmauern des wechselseitigen Attackierens, Infragestellens, Niedermachens. So wird der Vertrauensverlust der Politik intensiviert.

Die Beratungen über die Umsetzungen der Wahlergebnisse werden drastisch erschwert durch die Meinungsverschiedenheiten zu den elementaren aktuellen Herausforderungen, insbesondere zum großen Thema „Migration“.

Die einen werfen den anderen vor, den Schengen-Raum in

Europa zu gefährden. Die anderen unterstellen ein fehlendes Verstehen der Dublin-Übereinkunft. Die Haushaltsberatungen werden zum politischen Schlachtfeld. Wechselseitig vermisst man Sinn und Verstand. Der jeweilige Gegner wird nur noch als Übergangsphänomen verstanden. Viele Abgeordnete sagen, man müsse sich nun doch die Sinnfrage stellen.

Wir wissen: Situatives Krisenmanagement und strategische Sprachlosigkeit sind keine Quellen der Vertrauensbildung. Was fehlt, das ist jenseits der Konfliktdetails eine Erklärungsleistung, was denn künftig diese Gesellschaft zusammenhalten wird.

Die Architekten der Koalitionsbildungen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen müssen wissen und dann auch operativ umsetzen: Es gilt, die Menschen aus der strategischen Notlage zu befreien.

Brandenburg hat eine neue Struktur in das Absichtspanorama der Wählerschaft eingebracht:

- Eine erheblich höhere Wahlbeteiligung ist nun unübersehbar.
- Die Gewinner und Verlierer wurden neu sortiert: Gewinner sind jetzt SPD, AfD, BSW.
- Die SPD bekam mehr Stimmen als die AfD, das BSW mehr Stimmen als die CDU.
- Verlierer waren die CDU, die Grünen und die FDP.

Ab jetzt wird auf vier Verhandlungsbahnen hart gearbeitet: Koalitionsbildung in Brandenburg, in Sachsen, in Thüringen – und dann besteht auch noch Klärungsbedarf auf Bundesebene. Wer wird mit wem den Bundeskanzler stellen und die Bundesregierung bilden?

Zeitgerecht hat die Union Friedrich Merz zum Kanzlerkandidaten gekürt. Und schon wurde Bedarf angemeldet für die andere Seite. Wer wird Bundeskanzler – erneut Olaf Scholz oder der populäre und anerkannte Boris Pistorius? Einige Fragezeichen verlangen noch nach Klärung. Zeiten der politischen Lähmung gilt es zu beenden.

POLITIK kompakt

Lindner kritisiert Tarifreugesetz

BERLIN FDP-Chef Christian Lindner hat die Vorlage des Bundesarbeitsministeriums für ein Tarifreugesetz scharf kritisiert. „Leider hat das zuständige Arbeitsministerium einen unfertigen Entwurf eines Tarifreugesetzes in die Öffentlichkeit gegeben“, sagte der Bundesfinanzminister am Montag. Dieser entspreche „nicht der Verabredung des Koalitionsvertrages nach einer bürokratieschonenden Umsetzung“. Außerdem würden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbelange nicht in gleichem Maße berücksichtigt. Das Tarifreugesetz ist im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP vorgesehen. Es geht um die Vorgabe, dass für die Mitarbeitenden von Unternehmen, die Aufträge vom Bund bekommen, tarifvertragliche Regelungen gelten.

Farbanschlag auf Joe Chialo



Chialo. Foto: AFP

BERLIN Unbekannte haben auf das Wohnhaus des Berliner Kultursenators Joe Chialo (CDU) in Berlin einen Farbanschlag verübt. Nach Angaben der Berliner Polizei wurde die Fassade des Hauses am Montagmorgen „großflächig“ mit roter Farbe beschmiert. Zudem hinterließen die Täter Schriftzüge. Der Staatsschutz des Landeskriminalamts Berlin nahm Ermittlungen wegen Sachbeschädigung auf. Erst vor gut zwei Wochen war Chialo bei einer Veranstaltung in Berlin von einer Menschenmenge bedrängt, angegriffen und beleidigt worden. Es handelte sich damals um etwa 40 Menschen mutmaßlich aus der propalästinensischen Szene. Der Senator blieb unverletzt.

Wundenlecken bei den Grünen

Nach der Niederlage der Ökopartei in Brandenburg beginnt die Ursachen-Forschung

Sie waren Regierungspartei – und sind nun aus dem Landtag geflogen: Grünen-Co-Chefin Ricarda Lang sieht die Verluste ihrer Partei bei der Landtagswahl in Brandenburg als Folge einer Polarisierung im Wahlkampf.

Die letzten Wochen seien von einem „Kopf-an-Kopf-Rennen“ zwischen SPD-Ministerpräsident Dietmar Woidke und der AfD geprägt worden, sagte sie am Sonntagabend in der ARD. Die Wähler hätten dann taktisch gewählt, um die AfD zu verhindern. Dabei seien die Grünen „unter die Räder gekommen“.

Lang verneinte zugleich, dass es nun Zeit für die Grünen für einen Abgang aus der Ampel-Koalition im Bund sei. Sie räumte aber ein, dass es einen negativen Trend für ihre Partei gebe. „Da werden wir uns gemeinsam rauskämpfen.“

Wirtschaftsminister Robert Habeck, der als mutmaßlicher Kanzlerkandidat der Grünen gehandelt wird, sei „ein groß-



Grünen-Co-Chefin Ricarda Lang im Wahlkampf. Foto: Fabian Sommer/dpa

artiger Politiker“, der Menschen in unsicheren Zeiten wieder Orientierung geben könne und Probleme nicht einfach wegrede.

Die Grünen würden nun gemeinsam entscheiden, wie sie sich für die Bundestagswahl in einem Jahr auch inhaltlich aufstellen würden, sagte Lang. Dabei gehe es darum, „die besten Ideen für die Zukunft“ zu präsentieren. Die Grünen-Co-Chefin hoffte, dass sich die Stimmung so bis zur Bundestagswahl wieder drehen lasse.

Die grüne Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eck-

ardt fordert, dass ihre Partei die Sorgen und Nöte der Menschen auf dem Land mehr in den Blick nimmt. Auf diese müsse es vernünftige Antworten geben, sagte sie im Deutschlandfunk. „Ich bin ein totaler Fan des 49-Euro-Tickets, weiß aber, dass die Leute auf dem Land sich fragen: Was hat denn das mit uns zu tun? Da kommt gar kein Bus.“

Die Menschen hätten auch Angst vor noch mehr Veränderungen, gerade in Ostdeutschland, so Göring-Eckardt. „Und diese Antwort, die müssen wir tatsächlich geben, so dass wir

Veränderungen verbinden mit Sicherheit, so dass wir klar haben, wir denken unsere Politik auch vom Land her.“

Das schlechte Abschneiden ihrer Partei in Brandenburg stellte Katrin Göring-Eckardt in einen Zusammenhang mit Einflussnahmen aus Russland – Deutschland werde als eine leichte Beute betrachtet. Sie sagte: „Da ging es immer darum, die Grünen zu diffamieren.“ Auch demokratische Parteien haben nach ihren Worten „mitgemacht, die Grünen zum Hauptgegner erklärt“.

Sie stünden nun vor dem Problem, auf das Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW) bei der Regierungsbildung angewiesen zu sein, das sie als kremelfreundliche Partei bezeichnete.

Göring-Eckardt forderte die FDP als Ampel-Koalitionspartner im Bund auf, sich an der Lösung von Problemen zu beteiligen. Sie sagte: „Es geht nicht darum, wie es der FDP geht. Es geht darum, wie es unserem Land geht, und die Frage ist jetzt, kriegen wir das vernünftig hin.“ Der Haushalt sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Bis Ende November muss der Haushalt des Bundes für das Jahr 2025 stehen.